

Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

In der EU gibt es ungefähr 80 Millionen Menschen, die mit einer Behinderung leben. Sie sehen sich oft mit Barrieren konfrontiert, die ihnen die volle, gleichberechtigte Teilhabe an allen Aspekten des Lebens verwehren. Um diese Barrieren abzubauen und Menschen mit Behinderungen das Leben zu erleichtern, hat sich die EU dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angeschlossen (im Folgenden: UN-Übereinkommen). Die Umsetzung des Übereinkommens ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird gemeinsam von den EU-Institutionen und den EU-Mitgliedsländern durchgeführt. Die EU kann lediglich im Rahmen der Befugnisse handeln, die ihr durch die EU-Verträge verliehen wurden. Bei einer vom Ausschuss der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorgenommenen ersten Überprüfung der Umsetzung des UN-Übereinkommens durch die EU wurden die bisher erzielten Fortschritte anerkannt, jedoch auch Empfehlungen für die Zukunft abgegeben.

Auf EU-Ebene wird das UN-Übereinkommen durch die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020 umgesetzt. Diese Strategie umfasst acht Handlungsschwerpunkte auf EU-Ebene: Zugänglichkeit, Teilhabe, Gleichstellung, Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung, sozialer Schutz, Gesundheit und Maßnahmen im Außenbereich. Da die Hälfte der Laufzeit der Umsetzung erreicht ist, führt die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation durch, um die Wirkung der Strategie zu bewerten und zu gewährleisten, dass die EU-Politik auch weiterhin den Bedürfnissen und Rechten von Menschen mit Behinderungen entspricht.

In diesem Fragebogen soll ermittelt werden, was Ihrer Meinung nach bisher auf EU-Ebene erreicht wurde, welche Herausforderungen für alle Menschen mit Behinderungen fortbestehen und was die EU dagegen unternehmen kann. Wir interessieren uns für Antworten von Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen, öffentlichen Behörden, Unternehmen, Hochschulen und anderen Interessenträgern.

Die Ergebnisse dieser Konsultation werden uns helfen, die Fortschritte im Rahmen der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020 zu bewerten, Lücken auf EU-Ebene zu beheben und letztendlich dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderungen voll und ganz am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die Beantwortung des Fragebogens sollte nicht mehr als 20 Minuten in Anspruch nehmen.

Zugänglichkeit ist uns ein wichtiges Anliegen. Sollten Sie Schwierigkeiten mit dem Zugang zu dieser Online-Konsultation haben, finden Sie hier eine [zugängliche Word-Version](#), die Sie offline ausfüllen und an die folgende E-Mail-Adresse senden können: EMPL-C3-CONSULTATION@ec.europa.eu

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

Bitte beachten Sie, dass nur dann Ihr vollständiger Beitrag veröffentlicht wird, wenn Ihr Name oder derjenige Ihrer Organisation (sofern Sie für eine Organisation oder sonstige Einrichtung antworten) angegeben ist. Wenn Sie keinen Namen angeben, können Sie lediglich einen allgemeinen Kommentar abgeben.

* Auch wenn Sie uns Ihren Namen oder denjenigen Ihrer Organisation nennen, können Sie sich für eine anonyme Veröffentlichung Ihrer Antworten entscheiden.

- Ja, ich gebe meinen Namen an (Umfrage startet)
- Nein, ich ziehe es vor, lediglich einen allgemeinen Kommentar abzugeben (Umfrage endet hier)

1. Zustimmung zur Veröffentlichung

* Beiträge aus dieser Umfrage werden gegebenenfalls auf den Webseiten der Europäischen Kommission unter Angabe des Verfassers veröffentlicht. Stimmen Sie der Veröffentlichung Ihres Beitrags unter Ihrem Namen zu?

- Mein Beitrag kann unter dem angegebenen Namen veröffentlicht werden.
- Mein Beitrag kann veröffentlicht werden, sollte jedoch anonym bleiben.
- Keiner meiner Beiträge darf veröffentlicht werden.

2. Angaben zur Person

Bitte kreuzen Sie das für Sie Zutreffende an.

* Sie antworten als

- (a) Einzelperson, lediglich für mich selbst
- (b) im Namen einer Organisation

Wie lautet der Name Ihrer Organisation?

Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen (getragen durch die Kommunalen Landes- und Spitzenverbände Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens)

* Welche Art von Organisation vertreten Sie?

- Privatsektor
- Öffentlicher Sektor
- Nichtregierungsorganisation (NRO)
-

Organisation für Menschen mit Behinderungen – reserviert für Organisationen, in denen Menschen mit Behinderungen Führungspositionen einnehmen oder im Vorstand vertreten sind

Sonstige

* Auf welcher Ebene ist Ihre Organisation tätig?

- Internationale Ebene
- EU-Ebene
- Nationale Ebene
- Regionale oder lokale Ebene

* Ist Ihre Organisation im [Transparenzregister der EU](#) eingetragen?

- Ja
- Nein

* Sind in Ihrer Organisation Menschen mit Behinderungen beschäftigt?

- Ja
- Nein

3. Ihre Ansichten zur aktuellen Lage von Menschen mit Behinderungen

3.1. Geben Sie bitte an, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	Stimme voll und ganz zu	Stimme zu	Bin neutral	Stimme nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
*Menschen mit Behinderungen können genau wie andere Bürgerinnen und Bürger an alltäglichen Aktivitäten teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
*Menschen mit Behinderungen haben dieselben Rechte wie andere Bürgerinnen und Bürger.	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
*Menschen mit Behinderungen werden im Alltag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

aufgrund ihrer Behinderung diskriminiert.						
*In der EU haben Menschen mit Behinderungen mehr Probleme beim Umzug in ein anderes EU-Land als andere EU-Bürgerinnen und -Bürger.	○	○	●	○	○	○

* **3.2** Welches der unten aufgeführten Probleme ist Ihrer Meinung nach für Menschen mit Behinderungen wichtiger:

1 bis 5 Antworten

- Mangelhafte Zugänglichkeit der bebauten Umwelt
- Mangelhafte Zugänglichkeit der Verkehrsmittel
- Mangelhafte Zugänglichkeit zum Internet und zu Kommunikationstechnologien
- Mangelhafte Zugänglichkeit zu anderen Waren und Dienstleistungen
- Unzureichende Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt
- Unzureichende Chancengleichheit im Bildungswesen
- Unzureichende Unterstützung von Eltern mit Kindern mit Behinderungen (z. B. im Bildungswesen oder bei therapeutischen Maßnahmen)
- Mangelhafte Zugänglichkeit der medizinischen Versorgung (Ärzte, Krankenhäuser usw.), auch bei der altersgerechten Unterstützung von Kindern
- Hindernisse bei der Freizügigkeit innerhalb der EU
- Diskriminierung, auch doppelte Diskriminierung bei Frauen und Kindern mit Behinderungen
- Schwierigkeiten, unabhängig zu leben (z. B. überwiegende Unterbringung in großen Pflegeheimen und/oder Mangel an Pflegediensten in der Gemeinde)
- Schwierigkeiten bei der Beteiligung am politischen und öffentlichen Leben
- Schwierigkeiten bei der Beteiligung am Kulturleben, an Erholung, Freizeit und Sport
- Schwierigkeiten aufgrund des Arbeitsrechts oder der Sozialversicherungssysteme (z. B. Verlust der Invaliditätsbeihilfe beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, unabhängig vom Einkommen)
- Schwierigkeiten, sich in Behindertenbelangen Gehör zu verschaffen
- Mangelhafte Schulung von Berufsgruppen, die bei ihrer Arbeit Umgang mit Menschen mit Behinderungen haben können (z. B. Lehrkräfte, Ärzte/Ärztinnen oder Rechtsanwälte/-anwältinnen)
- Armut und geringes Einkommen
- Hindernisse bei der Anerkennung und Ausübung der Rechts- und Geschäftsfähigkeit
- Misshandlung (z. B. Gewalt, Missbrauch oder Vernachlässigung von Freiheit und Menschenwürde)

3.3 Gibt es Ihrer Auffassung nach besondere Herausforderungen für Kinder mit Behinderungen, die sich von denen für Erwachsene mit Behinderungen unterscheiden?

höchstens 300 Zeichen

Zu den Punkten 3.1, 3.2 und 3.3 kann keine abgestimmte Position der Verbände vorliegen, da die Priorisierung abhängig ist von der individuellen Beeinträchtigung der Betroffenen. Die obenstehende Bewertung ist lediglich darauf zurückzuführen, dass eine Angabe im Fragebogen obligatorisch ist.

* **3.4** Haben Sie persönlich einige der oben genannten Probleme (3.2) erfahren?

- Ja
- Nur indirekt durch die Erfahrungen von Familienmitgliedern
- Nur indirekt durch die Erfahrungen von Freunden
- Nur indirekt durch die Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen
- Nein
- Keine Antwort

3.5 Gibt es andere Bereiche, in denen Ihrer Meinung nach das Leben von Menschen mit Behinderungen verbessert werden könnte?

- Ja
- Nein
- Keine Antwort

* **3.6** Kennen Sie die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020?

- Ja
- Nein
- Keine Antwort

4. Auswirkungen der Umsetzung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2015

4.1 Wie stark hat sich fünf Jahre nach der Annahme der Strategie die Lage der Menschen mit Behinderungen in den folgenden, in der Strategie definierten Schwerpunktbereichen verbessert?

	Sehr stark	Zu einem großen Teil	Zum Teil	Ein wenig	Überhaupt nicht	Keine Antwort
*Zugänglichkeit: von Waren und Dienstleistungen sowie öffentlichen Diensten und Hilfsmitteln	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				
*Gesellschaftliche Teilhabe: – Wahrnehmung der mit der EU-Bürgerschaft verbundenen Rechte – Beseitigung administrativer und mentalitätsbedingter Barrieren für eine volle und gleichberechtigte Teilhabe – Bereitstellung hochwertiger wohnortnaher Dienstleistungen, einschließlich des Zugangs zu persönlicher Assistenz	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				
*Gleichstellung: Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund einer Behinderung	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				

<p>*Beschäftigung: Lebensunterhalt verdienen auf dem offenen Arbeitsmarkt</p>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				
<p>* Allgemeine und berufliche Bildung: Förderung der integrativen Bildung und des lebenslangen Lernens für Schüler/-innen und Studierende mit Behinderungen</p>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				
<p>*Sozialschutz: angemessene Lebensbedingungen</p>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				
<p>*Gesundheit: gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsleistungen und damit zusammenhängenden Einrichtungen</p>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				
<p>*Auswärtiges Handeln der EU: Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Rahmen der EU-Maßnahmen im Außenbereich</p>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>				

* 4.2 Welche Faktoren waren besonders wichtig für den Fortschritt, selbst in geringem Maße? (*Mehrere Antworten möglich*)

- Politische Maßnahmen der EU
- Einsatz von EU-Finanzmitteln
- Entwicklungen auf nationaler Ebene
- Privatinitiativen
- Öffentliche Meinung/Änderung der Mentalität
- Wirtschaftliche Voraussetzungen
- Neue wissenschaftliche Erkenntnisse und/oder technologische Neuerungen
- Einsatz von Interessengruppen und Nichtregierungsorganisationen
- Lobbying durch Unternehmen
- Andere politische Aktivitäten, die sich auf die Behindertenpolitik auswirken
- Weiß nicht

Kommentarfeld – hier können Sie etwas hinzufügen oder Beispiele nennen.

höchstens 300 Zeichen

Wir verweisen hier auf die langjährigen und breit angelegten Aktivitäten auf kommunaler Ebene, die die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention verfolgen, Inklusionskonferenzen und Fachberatungsstellen der Kommunalverbände.

* 4.3 Geben Sie an, inwieweit Sie mit den Fortschritten zufrieden sind, die in den letzten fünf Jahren (2010–2015) bei der Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen erzielt wurden:

- Sehr zufrieden
- Zufrieden
- Einigermaßen zufrieden
- Nicht zufrieden
- Weiß nicht

* 4.4 Welche sind Ihrer Meinung nach die größten Hindernisse für einen schnelleren Fortschritt? (*Mehrere Antworten möglich*)

- Mangel an Human- und Finanzressourcen
- Fehlender politischer Wille
- Mangel an angemessenen Rechtsvorschriften
- Eingeschränkte Handlungskompetenz der EU
- Mangel an Beteiligung von Menschen mit Behinderungen
- Mangel an Bewusstsein bei Menschen ohne Behinderungen
- Wirtschaftliche Lage
- Mangel an gesellschaftlichem Druck
- Mit einer Behinderung verbundenes Stigma
- Unzureichende Kenntnisse politischer Entscheidungsträger/-innen hinsichtlich der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen

4.5 Allgemeine Anmerkung:

höchstens 1500 Zeichen

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention sehen wir die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in der gegenwärtigen Rechtslandschaft ausreichend verankert. Aus Sicht der Kommunen besteht auf EU-Ebene keine Notwendigkeit weitere rechtliche Vorgaben zu etablieren. Vielmehr gilt nun, den Gedanken der Inklusion in die Fläche zu bringen und ihn konkret umzusetzen. Den Kommunen kommt mit ihrem direkten Kontakt zu den Betroffenen eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung des gleichberechtigten, selbstständigen Zugangs in den Bereichen Erziehung, Bildung, Wohnen, Versorgung, Fortbewegung, Arbeit, Freizeit, Kultur, Beteiligung (Empowerment) und Mitsprache zu. Auf EU-Ebene sollte daher ein großes Interesse bestehen, die Kommunen hierin zu unterstützen. Unsere Erwartungen im Hinblick auf die Umsetzung, Verstetigung und Weiterentwicklung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020 bestehen deshalb in einer finanziellen Förderung von kommunalen Maßnahmen und Projekten. Vorhandene EU-Förderprogramme sollten künftig die Inklusion stärker in den Blick nehmen. Dabei sind Schnittstellen und Verknüpfungen zu Themen wie demographische Entwicklung und Vielfalt zu fördern. Der konkreten Ausgestaltung sollte möglichst viel Handlungsfreiheit für einen Lösungsansatz mit lokalem Bezug eingeräumt werden. In den Förderbereich sollten auch Sensibilisierungsmaßnahmen und der Austausch von „best practice“-Beispielen fallen.

Contact

✉ EMPL-C3-CONSULTATION@ec.europa.eu